

**Bezugspreis:**  
Ebenfalls in Neuenburg Nr. 1.36.  
Durch die Post im Orts- und Ober-  
amtsbezirk, sowie im festlichen  
Landesbezirk Nr. 1.36 mit  
Postzuschlag. Preis freiblebend.  
Preis einer Nummer 10 Pf.  
In Fällen höherer Gewalt besteht  
kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Wiederherstellung  
des Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle Post-  
stellen, sowie Agenturen und  
Verkaufsstellen jederzeit entgegen.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Kontokonto Nr. 24 bei der Oberamts-  
Sparkasse Neuenburg.

# Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiefinger in Neuenburg.

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Zeile oder  
deren Raum 25 Pf., Reklamagelbe  
30 Pf., Anzeigenzeilen 100 Pf.,  
Zuschlag. Offerte und Auftrags-  
erteilung 10 Pf. Bei größeren  
Aufträgen Rabatt, der im Falle  
des Abnahmefalles einseitig  
wird, ebenso wenn die Zahlung  
nicht innerhalb 5 Tagen nach  
Anhebungsdatum erfolgt. Bei  
Veränderungen treten alle früheren  
Bestimmungen außer Kraft.  
Gerichtstand für beide Teile ist  
Neuenburg. Für teile Aufträge  
wird keine Gewähr übernommen.  
Erscheint täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

Nr. 136

Dienstag den 14. Juni 1932

90. Jahrgang

### Die bevorstehende finanzielle Notverordnung

Ihre Bedeutung — Die neuen Maßnahmen zum Ausgleich des Reichshaushalts

Berlin, 13. Juni. (Eig. Meldung.) Wie wir erfahren, werden die Notverordnungen am Dienstag abend der Öffentlichkeit übergeben werden. Die wichtigste ist naturgemäß die über die finanziellen Maßnahmen. Ihre Bedeutung liegt diesmal darin, daß sie die Basis für die Stabilisierung des neuen Reichshaushalts liefert, und darüber hinaus in der Tat die Abwendung einer bedrohlichen Kassenlage nur auf der Grundlage des Etatsgleiches möglich ist.

Die Schwierigkeiten der Finanzlage haben ihre Hauptursache in einem Sozialetat, bei dem die Ausgaben infolge des ungeheuren Anwachsenden der Arbeitslosigkeit immer stärker angeschwollen sind, und zwar im Jahre 1931 auf die bereits häufig genannte Summe von 3 Milliarden. Bei gleichbleibender geplanter Regelung dürften im Etatjahre 1932 über 3,5 Milliarden notwendig sein. Da die erforderlichen Mittel nicht vorhanden sind, ist die Reichsregierung gezwungen, diese Ausgaben innerhalb der Grenzen des Jahres 1931 zu halten, also rund eine halbe Milliarde einzusparen. Dazu sind eine Reihe von Maßnahmen erforderlich, die im wesentlichen auf eine Anpassung der Einnahmen an die Ausgaben und der Krisenfürsorge auf den Durchschnitt der Wohlfahrtsunterstützung hinauslaufen. Von besonderem Interesse ist dabei noch, daß auch bei der Arbeitslosenunterstützung nach 6 Wochen die Bedürftigkeitsprüfung eintritt.

Die Deckung des Sozial Etats wird folgendermaßen geregelt: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung belaufen sich auf 1386 Millionen, der Reichszuschuß ist auf 600 Millionen im Jahre 1931 angesetzt. Der Anteil der Gemeinden mußte von 870 auf 680 Millionen herabgesetzt werden. Das ist nach Auflösung der zuständigen Reichsstellen das höchste, was die Gemeinden überhaupt aufrufen können. Zusammen ergeben diese 3 Beträge rund 2,6 Milliarden, so daß also immer noch 400 Millionen fehlen. Sie sollen durch eine Abgabe für die Arbeitslosenhilfe, Beschäftigtensteuer, aufgebracht werden. Diese Abgabe wird aus Gründen der technischen Vereinfachung mit der Krisenlohnsteuer zusammengelegt. Diese kombinierte neue Steuer wird so gestaltet, daß die Sätze der Krisenlohnsteuer mit 1 1/2 Prozent erhöht werden. Bei einem Arbeitslohn bis zu jährlich 1500 Mark, der bis jetzt von der Krisenlohnsteuer befreit war, sind 1 1/2 Prozent im Monat zu zahlen, von 1500—3000 Mark 2 1/2 Prozent, über 3000 3 1/2 Prozent. Auch für die höheren Gehälter werden die Sätze entsprechend denen der Krisenlohnsteuer so gestaltet, daß jeweils eine Erhöhung um 1 1/2 Prozent eintritt, und zwar bis zu einer oberen Stufe von 6 1/2 Prozent. Für die Beamten beträgt die neue Belastung einheitlich 1 1/2 Prozent.

Zu den Einzelmaßnahmen, die zur Herabsetzung der Ausgaben des Sozial Etats notwendig sind, gehört auch nach einer Abwärtswendung der Renten für Witwen und kinderlose Kriegswitwenbesoldigte u. die Begrenzung der Kinderzuschläge von 20 Prozent auf das 15. Lebensjahr, wenn nicht Gebrechlichkeit oder Berufsausbildung die Weiterzahlung bedingen. Diese beiden Maßnahmen bringen 10 und 20 Millionen ein, zusammen also 30 Millionen Ersparnis. Ebenfalls ist eine Kürzung der Unfallrenten erforderlich geworden.

Die weiteren Maßnahmen zum Ausgleich des Reichshaushalts beziehen sich auf folgendes: Bei der Umsatzsteuer fällt in Zukunft die Freigrenze von 5000 Mark. Die Umsatzsteuer hat im Jahre 1931 995 Millionen gebracht und ist im Etat 1932 mit 1820 Millionen eingestellt. Die Freigrenze war

seinerzeit eingeführt worden, weil die Umsatzsteuerfälle auf diese Weise auf die halbe Anzahl vermindert wurden. Der Ausfall, der dieser verminderten Vereinfachung gegenüberüberhand, hat sich nach Erhöhung der Steuer weit mehr als verdoppelt. Die Freigrenze hat wohl auch häufig die Möglichkeit zu Umgehungen.

Da der Umsatzsteuer schon wegen der Verminderung durch Wirtschaftsschrumpfung ohnehin der risikoreichste Staatsanfall ist, bleibt nach Aufhebung der maßgebenden Stellen nichts anderes übrig, als die Freigrenze aufzuheben, um mit verbältnismäßiger Sicherheit in das Etatjahr 1932 hineingehen zu können.

Außerdem enthält die Notverordnung die Wiedereinführung der Salzsteuer, die vor dem Kriege bereits bestand und auch in allen anderen Ländern besteht. Die Wiedereinführung erfolgte in der alten Höhe von 6 Pfennig pro Pfund. Die Salzsteuer wird 60—70 Millionen bringen. Das macht also eine Belastung von rund einer Mark im Jahr auf den Kopf der Bevölkerung. Die Salzsteuer soll die Möglichkeit schaffen, im Etat 50 Millionen für Siedlung einzusetzen, während für die bisher fehlenden Mittel vorgesehen waren. Dieser Betrag ist schon deshalb notwendig, weil verhindert werden muß, daß das bereits begonnene Siedlungsarbeiten stehen bleiben.

Die Neuordnung der sozialen Ausgaben nimmt betont Rücksicht auf die außerordentlich schwierige Lage der Gemeinden. Blicke es bei der alten Regelung, so hätten sie im neuen Etat 1350 Millionen für die Arbeitslosenzwecke aufzubringen. Da das Reich von ihnen aber nur 680 Millionen erwartet, ist es ihm mit 670 Millionen entgegengekommen. In den letzten Monaten sind ihnen bereits 70 Millionen zugeflossen worden, so daß noch 600 Millionen zu verteilen sind. Die Verteilung erfolgt nach einem besonders einseitigen einseitigen Schlüssel, der die schwierigen Fälle überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit berücksichtigt. Auf der anderen Seite erwartet das Reich von den Gemeinden allerdings eine möglichst sparsame und ordnungsmäßige Wirtschaftsführung. Deshalb werden künftig nur solche Gemeinden beachtet, die eine Kassen-, Haushalts- und Rechnungsordnung eingeführt haben. Damit wird die Linie des Kabinetts Brünning in der Richtung einer Ordnung der Gemeindefinanzen weitergeführt. Die neue Notverordnung geht sogar so weit, zu bestimmen, daß künftig die Fertigstellung eines ausgeglichener Haushalts nicht durch Beschlüsse der Gemeindevertretungen ersichert oder unmöglich gemacht werden kann, denen die Deckung fehlt. Erhöht also die Gemeindeverwaltung Einspruch erheben, der unbedingt Geltung hat. Ähnliche Sparvollmachten werden für die Behandlung von Stellenfragen und für den Fall gegeben, daß eine Gemeindevertretung aus irgend welchen sonstigen Gründen keinen ausgeglichenen Haushalt zustande bringt. Es ist übrigens auch Vorlage getroffen, daß die Maßnahmen zugunsten der Gemeinden von den Ländern nicht beim Finanzansatz gleich wieder gefährdet wird.

Der Gesamthaushalt des Reiches ist in dieser Notverordnung nicht enthalten. Er geht vielmehr dem Reichstag so schnell wie möglich zur Beratung zu. Er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 82 Milliarden. Um den Ausgleich vollständig zu machen, wird mit den Ressorts übrigens noch über weitere Abstriche in den verwaltungsmäßigen Ausgaben verhandelt, die unter allen Umständen durchgeführt werden.

### 14 Jahre Wohnungszwangswirtschaft

Nach den letzten Meldungen beabsichtigt die Regierung, neue Wege in der Wohnungspolitik zu gehen.

is. Seit 14 Jahren blüht in Deutschland die „Wohnungszwangswirtschaft“, die nun im Herbst ihres trüben Daseins steht. Wie war nun das Werden und Wirken der Wohnungszwangswirtschaft in den einundhalb Jahrzehnten?

Am 23. September 1918 wurde der Grundstein zu diesem staatswirtschaftlichen Experiment gelegt. Es sollten Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel ergriffen werden. Am 26. Juli 1923 folgte das Wohnungsmangelgesetz, nach dem die Gemeindebehörden (Wohnungsämter) den vorhandenen Wohnraum bewirtschaften mußten. Damit waren wir mitten in der ersten Staatswirtschaft. Die Gemeinden konnten freigeordnete Wohnungen beschlagnahmen usw.

Das Reich wollte nun den Mietpreis künstlich regeln und die Mieter vor Hunger schützen. 1919 erfolgte die erste derartige Bekanntmachung. Das Reichsmietengesetz vom 24. März 1922 legte schließlich die Grundlage für den Mieterschutz. Danach konnte die vertragliche Miete durch die gesetzliche abgelöst werden. Anfang 1924 bewegte sich die Miete zwischen 25 und 40 Prozent der Friedensmiete und schraubte sich bis Anfang 1928 auf 120 Prozent der Friedensmiete hinauf. 1929 wurde dann der Mieterschutz neu geregelt. Die großen Wohnungen von 6 und mehr Zimmern wurden von nun an von der Wohnungszwangswirtschaft verschont. Damit hatte die staatliche Wohnungsbewirtschaftung ihren Höhepunkt schon überschritten. Die Notverordnung von 1931 lockerte die Maßnahmen der Staatswirtschaft weiterhin auf: „Teure“ Wohnungen waren vom 1. April 1932 an wieder frei.

Ein besonderes Kapitel der staatlichen Wohnungswirtschaft bildet die Hauszinssteuer. Sie erblickte im Februar 1924 das Licht der deutschen Wirtschaft und sollte gewissermaßen als Eintagsfliege die Inflationsvorteile des Hausbesitzes etwas schmälern. Die Steuerreform von 1925 veränderte jedoch die „endgültige“ Lösung der Hauszinssteuer bis 1928. Und da man später diese Einnahmen nicht missen wollte, schleppte wir heute noch diese Steuer mit. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sollte die Hauszinssteuer rückwirkend bis 1929 abgebaut werden und dann für immer verschwinden. Nach einem Abzug von 20 Prozent sollte sie bis 1934 weiter erhoben werden. Ausgleich mußten bestimmte Mieten am 1. Januar 1932 um 10 Prozent gesenkt werden. Die Gelder, die aus der Hauszinssteuer (im Rechnungsjahr 1930/31 laut Bericht u. Statistik rund 1,5 Milliarden) floßen, wurden anderen Zwecken zugeschossen. Das war eine Totfahne gegen die Bauwirtschaft.

Die öffentliche Wohnungswirtschaft beging aber noch andere Verfehlungen. Im Jahre 1928 j. B. ergab sich für diese Zwangsverwaltung folgende „Bilanz“: 56 400 Beamte, 816 000 Prozesse — Gesamtkosten von 500 Mill. RM. jährlich! R. d. R. Lude stellte fest, daß in 9 Jahren nach dem Kriege die Wohnungswirtschaft allein 5 Milliarden verschlang. Man hätte dafür nach seiner Berechnung rund 1 Million Wohnungen neu herstellen können. Wenn aber nun die öffentliche Wirtschaft bauen ließ, dann kam dies sehr teuer. 1927 j. B. wurden 270 000 Wohnungen für 2,7 Milliarden RM. erstellt (je Wohnung rund 10 000 RM.). Die öffentliche Wohnungswirtschaft hatte sich seinerzeit sogar ein Bauprogramm ausgearbeitet, das bis 1935 laufen und im ganzen 18—20 Milliarden RM. verschlingen sollte. Jährlich sollten also 4 Milliarden gepflastert werden.

Aber damit sind die Schäden der staatlichen Wohnungszwangswirtschaft nicht erledigt. Zahlreiche Anträge wurden von Groß- und Kleinrentnervereinigungen von der Zentrale anvertraut. Das Umsetzen der Schmiergelder wuchs. Der Wettbewerb und das Kleingewerbe durften sich mit käuflichen Abfallresten begnügen, obwohl doch gerade er einen Hauptteil der Hauszinssteuer trug.

Und noch etwas anderes. Der Rückgang des Geburtenüberschusses bleibe auf den Wohnungsbau nicht ohne Einfluß. Die öffentliche Wohnungswirtschaft schlug aber Bege ein, die dies nicht genügend berücksichtigte. Sie schonte die Kleinstwohnungen, die daher lange gefragt waren. Heute, da auch kleinere Wohnungen frei sind, stehen die 5—8 Zimmerwohnungen oft leer. Sie wären bei vernünftiger Politik längst wohl schon „aufgeteilt“ worden. Statt dessen aber baute man neue, unerhörte teure Kleinstwohnungsanlagen.

Die Zukunft des Baumarktes hängt von dem Schicksal der Hauszinssteuer fort, dann kann sich der Hausbesitz Gelder für Reparaturen zurücklegen. Das Bauen wird verbilligt, die mittleren und kleineren Baubetriebe müssen nicht mehr mit der Übermacht einer Zentrale kämpfen. Ein Befehl der Steuer begünstigt auch den Mietenabbau und regt so die Wirtschaft wieder an.

### Ergebnis der Pariser Vorbereitungen

Verlängerung des Moratoriums?

Paris, 13. Juni. (Eig. Meldung.) „Temps“ schreibt: „Frankreich und Großbritannien können auf dem internationalen Boden nunmehr in paralleler Richtung und mit völligem Vertrauen aufeinander vorgehen. Am Beginn der entscheidenden Verhandlungen, die bevorstehen, steht das beste Einverständnis der englisch-französischen Politik.“ In der Erklärung die MacDonald nach dem getrigen Banlett in der britischen Botschaft abgegeben hat, betonte er, daß weder ein Kompromiß zustande gekommen sei, noch irgend ein Kuhhandel stattgefunden habe, sondern daß die Minister Frankreichs und Großbritanniens lediglich in nichtoffiziellen Besprechungen ihre Ansichten ausgetauscht hätten.

Ebenso unterzeichnen die offiziellen Blätter, wie sehr den Delegationen zur Genfer und Lausanner Konferenz jedes Recht der Verhandlung und Entscheidung gewahrt bleibt.

Die Bedeutung der französisch-englischen Vorbereitungen liegt jedoch nicht in ihren unmittelbaren Ergebnissen. Selbst wenn es bereits möglich gewesen wäre, die „starke Annäherung der Gesichtspunkte“ auf eine Formel zu bringen, so hätten die Regierungen dieses Ergebnis mit Rücksicht auf die übrigen Teilnehmer der Konferenz unmöglich vor dem Beginn der Konferenz bekanntgeben können. Die Tragweite der französisch-englischen Vorbereitungen ist vielmehr in dem Umfange zu sehen, daß die beiden Mächte nach längerer Unterbrechung zum ersten Male wieder in unmittelbare Beziehungen traten, um vor Beginn der Konferenz ihre Ansichten in Uebereinstimmung zu bringen. Es ist die Parallellität der französisch-englischen Politik, die heute das Stichwort ergibt. Ueber die Richtung der angeregten Methoden verlaute aus ministeriellen Kreisen, daß sie sich in der Hauptsache auf eine Verlängerung des Moratoriums erstrecken, das bis zum Herbst oder bis zum nächsten Frühjahr ausgedehnt werden soll. Gleichzeitig will man einen Studienauschuß

bilden, der bis zu diesem Zeitpunkt die Grundlage für eine endgültige Lösung ausfindig machen soll. Deutschland werde bis dahin von allen Zahlungsverpflichtungen entbunden, verzichte jedoch darauf, die Rechtsverbindlichkeit des Youngplans grundsätzlich zu bestritten. In der Abrüstungsfrage wolle sich Frankreich zu einer Einschränkung seines Budgets um etwa 5—10 Prozent verstehen, jedoch nicht zu einer Herabsetzung der Devisenwertstabilität, gegen die es sich u. a. auf die Wiedereinführung der SA-Abstellungen in Deutschland beruft.

Am meisten entfernt von einander sei man noch in der Frage der österreichischen Disfaktion, für die Herrit zunächst eine ziemlich restlose Bewirkung des Tardisenden Donauprojekts verlangt haben soll.

Es scheint, daß die französische Regierung noch immer versucht, als Gegenleistung für diese finanzielle Hilfe politische Garantien gegen eine Bewirkung des Anschlusses zu verlangen. Die Gegenstände, die MacDonald dem Vernehmen nach ins Feld geführt hat, tragen ihm im „Journal des Debats“ die Bemerkung ein, daß die englisch-französische Annäherung unter ihm doch vielleicht noch nicht ihre volle Wirkung erzielen werde.

### Der Aufmarsch zur Reichstagswahl

Berlin, 14. Juni. (Eig. Meldung.) Im Reichsministerium des Innern fand gestern eine Besprechung mit den Parteien über die Kammernfolge für die Reichswahlvorschläge zur Reichstagswahl 1932 statt. Auf dem Reichswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei die Nummer 1 erhalten, es folgt alsdann unter Nr. 2 die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei trägt die Nummer 3, das Zentrum Nr. 4, die Deutschnationale Volkspartei Nr. 5, die Deutsche Volkspartei Nr. 6, die Wirtschaftspartei Nr. 7, die Deutsche Staatspartei Nr. 8, die Bayerische Volkspartei Nr. 9, das Deutsche Landvolk Nr. 10 und der Christlich-Sozialer Volksdienst Nr. 11, in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die sie bei der letzten Reichstagswahl (1930) erhalten haben.

### Stunde der Reichsregierung

Reichsinnenminister Freiberger v. Geyl hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister bestimmt:

Die Reichsregierung behält sich vor, den deutschen Rundfunk täglich eine halbe Stunde nach Bedarf in Anspruch zu nehmen, um die Öffentlichkeit über ihre Ziele und Absichten zu unterrichten. Für diese Sendungen, die vom Deutschlandsender ausgehen und von allen anderen deutschen Sendern übernommen werden müssen, kommt die Zeit zwischen 18.30 und 19.30 Uhr in Frage. Mit der Durchführung ist die „Draht“ beauftragt worden.

Wie von zuständiger Reichsstelle hierzu ergänzend mitgeteilt wird, ist diese Verfügung lediglich dazu bestimmt, die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Rundfunks, die auch die bisherige Regierung hatte, stärker zu organisieren. Der Erlaß über die Benutzung des Rundfunks durch die Parteien wird in Kürze bekanntgegeben.



Aus Stadt und Land

Neuenburg, 13. Juni. Gelegentlich der Frühjahrsversammlung des Bezirks-Obst- und Gartenbauvereins in Engelshausen...

Neuenburg, 11. Juni. Der Schwarzwaldverein hielt letzten Samstagabend im Gasth. „Bären“ seinen Familienabend ab...

zum Vortrag über allem aber hand waltend und ordnend der neue Schriftführer als Anlager. Ein merkwürdiger Markttag ergab 11 RM. zugunsten der Vereinskasse...

Wanderung Sonnenberg-Dillstein

Weil es am vergangenen Abend so gemüthlich war, fühlte sich die städtische Zahl von 11 Wanderern veranlaßt, dem Rufe des Führers Herrn G. G. G. zu folgen...

(Wetterbericht.) Ueber Mitteleuropa liegt ein mächtiges Hochdruckgebiet. Für Mittwoch und Donnerstag ist Fortdauer des heiteren und trockenen Wetters zu erwarten.

Wurtenfeld, 13. Juni. Ein leichter Tag in der Zeit der Flor war für die Gemeinde der gestern abgehaltenen Jugendsozialtag. Es ist wahr, wo die Jugend ist, da ist Freude...

im Walde am Burgweg mit Darbietungen der Jugend, an dem die ganze Gemeinde rege Teilnahme befreundet.

Dobel, 11. Juni. In der vergangenen Nacht wurden schon wieder nach kurzer Zeit die Bewohner des Ortes durch Generalalarm aus dem Schlafe geweckt...

Wanderausstellung (D.L.G.) 1932 in Mannheim

Die Besichtigung der Geflügelausstellung wie auch der dazu gehörigen Geräte war, der außerordentlich unglücklichen Zeit entsprechend, unter der die Geflügelzucht leidet, recht schmerzhaft...

Das Reichsernährungsministerium hat u. a. für einen Jungstamm geförderter Plymouth-Rocks (197 Eier je Tier) einen Preis von 100 M. ausgesetzt...

Kochen Sie MAGGI'S Suppen. Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld. Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

Die tolle Miss. Humoristischer Roman von Bert Oehlmann. 40. Fortsetzung. In dem fünf Seiten langen Brief, den sie gestern noch ihrem Pa nach Homern geschrieben, hatte sie alles rückhaltlos offenbart...

Junges Morgenrot umtutete sie. Aber sie sah es nicht. In härmlich wogte das Meer der Gedanken in ihr und durchzog brausend ihre junge Seele...

„Sie leben!“ lachte Johann von Treustedt und stieß mit ihr an. Ja, es war wirklich ein schöner, wohl der vergnügteste Abend den sie miteinander verlebten...

### Erleichterung des Schußwaffengesetzes

Die Ausführungsverordnung des Schußwaffengesetzes wurde durch eine neue Verordnung vom 2. Juni in einigen Teilen geändert und zum Teil wesentlich erleichtert. Für den Waffenbesitzer und -Besitzer ist daraus das Wesentliche allgemeinverständlich angeführt: Doppelläufige Flobertgewehre (sogen. Doppeltrommel) mit einem Kaliber und einem Schrotkaliber: Diese bislang unrichtige Gattung ist durch die neue Verordnung nunmehr ausdrücklich als waffenfrei erklärt worden, sofern keine bisher waffenbesitzpflichtige Kaliberzusammenstellung vorliegt. Frei erhältlich sind also die gebräuchlichen Zusammenstellungen von 6-9 mm und 6-9, 140, Schrotkaliber und Gaswaffen: Verboden sind nunmehr alle Modelle mit einem Kaliber von über 12 mm, sowie diejenigen Modelle, bei denen nicht durch eine besondere Vorrichtung die wirksame Verfeinerung einer Kugel oder Schrotpatrone unmöglich gemacht ist. Die früher allgemein üblichen Schein- und Betäubungsgewehre 12 mm mit freiem Lauf, aus denen sowohl Kugel- als auch Schrotpatronen geschossen werden können, dürfen also nicht mehr ohne Waffenbesitz verkauft und getragen werden. Jagdwaffen: Frei erhältlich sind jetzt Doppelflinten und Wilschflinten von 125 MM, und darüber, sowie Drillinge und Doppelläufige von 200 MM, und darüber Verkaufswert. Der Jäger braucht also zum Erwerb von Jagdwaffen, die im Werte über diesen Preis liegen, keine Erwerbsberechtigung mehr. Scheinbüchsen, die nur für die Verwendung der Scheinpatrone 8,15-16 R. eingerichtet sind und ein Gewicht von mehr als 4 kg. haben, sind jetzt frei erhältlich. Handfeuerwaffen überhaupt: Zusammenfassend ist bestimmt, daß alle Handfeuerwaffen von über 1 m Gesamtlänge mit einem Verkaufswert von über 200 RM, jetzt frei gehandelt werden können. Gewehrfreiheit: Sehr erheblich ist, daß Waffenbesitzer und Erwerbsberechtigte für Schußwaffen von nicht über 6 mm Kaliber (also Kleinkaliberbüchsen, dann aber auch Scheinbüchsen, Sportbüchsen, Revolver und dergleichen) jetzt gewehrfrei ausgehelt werden müssen. Patronenlager: Zum Besitz von Patronen Kal. 22 kurz, lang und lang f. Wägen (Kleinkaliberpatronen) bedarf es einer Genehmigung nur noch bei einem Bestande von mehr als tausend Stück.

### Deutsches Sängerbundfest

Das 11. Sängerbundfest, das vom 21. bis 25. Juni in Frankfurt am Main stattfindet, hat infolge der Beschränkung der Hauptveranstaltungen auf drei Tage ein neues Programm erhalten. Am 21. Juni wird im Römer das Bundesbanner übergeben; abends folgt der große Begrüßungsabend auf dem Festplatz. Am 22. Juni ist vormittags eine Kundgebung und nachmittags eine volkstümliche Weisheits- und Freier für alle Auslandsdeutschen vorgesehen, der sich die Kraußführung der Kontakte „Von deutscher Art“ und verschiedene andere Konzerte anschließen. Am 23. Juni finden die erste und zweite Hauptaufführung und Sonderkonzerte statt. Die 3. Hauptaufführung und der große Festzug folgen am 24. Juni. Die Kundgebungen am Niederrhein, am Deutschen Eck und Sängerbund in den Tannus, Speyer, die Pfalz, an Rhein, Mosel und Rade schließen das Fest, zu dem sich bereits jetzt etwa 30000 Sänger angemeldet haben.

### Württemberg

Freudenstadt, 13. Juni. (Dachhammermarder.) In den letzten Tagen hat sich hier ein Dachhammermarder bemerkbar gemacht. Sein Handwerk wird ihm dadurch erleichtert, daß auch hier Haus- und Hühnerställe so allseitig verankert sind, wie Dachhammer und Zimmer lagert sich zu verschließen und ihre Wertgegenstände zu verwahren.

Reichartshausen, 13. Juni. (An die Post gefügt.) Am Samstag nachmittag ist in Reichartshausen, a. d. Jagst, O. A. Reichartshausen, ein 25-jähriger Mann aus Reichartshausen, O. A. Reichartshausen, am Jagstufer hinabgestürzt. Er fiel auf einem Betonblock auf und getret mit einem Schildebrust ins Wasser, wo er ertrank.

Reichartshausen, 13. Juni. (Zusammengebrochener Streik.) Trotz dem die Wiederaufnahme der Arbeit an der Staustufe Hirsborn des Reichartshausen in einer Vorversammlung abgelehnt worden war, erklärten der größte Teil der Belegschaft, um die Arbeit zu den vorläufigen Lohnbedingungen wieder aufzunehmen. Damit dürfte der fast vierwöchentliche Streik beendet sein. Bei Rodenau wird voll gearbeitet.

Kornwestheim, 13. Juni. (Schon wieder Wahlsonntage.) Nach einer Meldung der „Neckar-Zeitung“ hat Ratsschreiber Georg Büchling die gestrige Stadtverordnetenwahl, bei der Bürgermeister Dr. Seimle zum drittenmal gewählt wurde, bereits angefochten mit der Begründung, daß in der sozialdemokratischen „Neckarpost“ in einem Artikel der Wahrheit gegenüber mitgeteilt worden sei, daß Georg von seiner Kandidatur zurückgetreten sei. Der Wahlschuss suchte in den Abendstunden des Sonntags auf den Artikel hin Sorg zu veranlassen, von der Wahl zurückzutreten, was dieser aber ablehnte, weil er jetzt den richtigen Grund zur Wahlsonntage hat. Falls der Wahlschuss festgelegt wird, dürfte Kornwestheim das eigenartige Schauspiel einer zweiten Stadtverordnetenwahl erleben.

Stuttgart, 13. Juni. (Fünf große Schaulustige eingeworfen.) Am Sonntag morgen halb 2 Uhr wurden, wie berichtet, am Warenhaus Schöden auf der Seite Oberhalbstraße fünf große Schaulustige eingeworfen, so daß sie vollständig in Trümmer gingen. Als Täter konnte sofort der 29 Jahre alte Maurer Johannes Pfaff aus Beber. Westpreußen, ermittelt und festgenommen werden. Der Täter soll die Tat aus Verger darüber, daß er seit 1 1/2 Jahren arbeitslos sei, begangen haben.

Bermaringen, O. A. Blaubeuren, 13. Juni. (Ulmer Kommunisten provozieren eine Zwangsversteigerung.) Am Sonntag abend sollten in Bermaringen bei Landwirt Wagner durch den Klingensfelder Bezirksnotar Kähler elektrische Apparate und Artikel zwangsversteigert werden. Der betroffene Landwirt hatte lt. „Ulmer Tagblatt“ offenbar Ulmer Kommunisten von der Versteigerung benachrichtigt und so trafen vor Beginn der Versteigerung 20-25 Kommunisten auf Fahrrädern in Bermaringen ein, um die Versteigerung mit Gewalt zu verhindern. Durch Bedrohung der Steigerungslustigen und des Notars gelang ihnen dieses Vorhaben. Die Versteigerung mußte abgebrochen werden. Die Ortspolizei nahm hierauf einige Störenfriede aufs Rathaus zur Vernehmung. Der kommunistische Trupp drang jedoch auch ins Rathaus ein und holte die bei der Vernehmung Befindlichen heraus. Kurz ehe die zur Hilfe gerufenen Landjäger aus Blaubeuren eintrafen, zerstreute sich der Trupp auf den Rädern nach allen Richtungen. Ein Teil zog in Richtung Welsch, ein anderer geradewegs in Richtung Ulm. 9 Beteiligte konnten inzwischen von den Landjägern und der Kriminalpolizei festgenommen werden. Inzwischen hat die Landjägerstation Blaubeuren die Namen dreier weiterer Täter ermittelt. Die Festgenommenen werden sich vor dem Schnellrichter wegen Landfriedensbruch zu verantworten haben.

Bom Ries, 13. Juni. (Zwischen den Schienen unter dem Zug.) Der Maurer Georg Färber, der auf der Strecke Harburg-Höppingen beschäftigt war, überdachte das Herannahen des Zuges und wurde von diesem erfasst und auf das Gleis geworfen. Durch einen glücklichen Zufall kam Färber zwischen die Schienen zu liegen, so daß der Zug, ohne ihn zu verletzen, über ihn hinwegging.

### Staatspräsident Dr. Holz gibt im Landtag Auskunft

Stuttgart, 13. Juni. In dem Streit um den Schritt des württembergischen Staatspräsidenten gemeinsam mit dem bayerischen und dem badischen Staatspräsidenten bei Reichs-

präsident v. Hindenburg erfahren wir von offizieller Seite, daß Staatspräsident Dr. Holz im Landtag genauen Aufschluß geben werde. In der Sitzung des württembergischen Staatsministeriums am Freitag machte wir schon berichtet, Staatspräsident Dr. Holz eingehende Mitteilungen über die Karlsruhe-Konferenz vom Donnerstag. Die Aussprache ergab zum Schluß die übereinstimmende Auffassung aller Minister, daß der Schritt des Staatspräsidenten in Berlin als ein Schritt der gesamten württembergischen Regierung erfolgen soll.

Die „Süddeutsche Zeitung“ begrüßt es, wenn zu diesem Vorgang ein parlamentarisches Nachspiel folgt. Das Blatt schreibt weiter, daß es nichts dagegen einzuwenden gehabt hätte, wenn der Sinn der ganzen Aktion nur die selbstverständliche Wahrung besonderer württembergischer, vor allem wirtschaftlicher Belange gewesen wäre. Dazu hätte es aber keines derartig auffällig angekündigten und wohl auch keines gemeinsamen Schrittes der drei Zentralministerpräsidenten angedeutet beim Reichspräsidenten bedurft. Das Blatt tritt dann weiteren Meldungen entgegen, daß zwischen Finanzminister Dr. Dehlinger und der deutschnationalen Landtagsfraktion bzw. der Deutschnationalen Volkspartei Württemberg ein Gegensatz bestehe. Am Sonntag fand eine Sitzung des württembergischen deutschnationalen Landesvorstandes statt, bei der völlige Einmütigkeit bestand.

### Um des Telegramms der drei Süddeutschen Staatspräsidenten an den Reichspräsidenten

Stuttgart, 13. Juni. Die „Südd. Ztg.“ ist zu folgender Erklärung ermächtigt: Das aufsehenerregende Telegramm, das die drei Süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten gemeinsam aus Karlsruhe mit der Bitte um Empfang an den Reichspräsidenten gerichtet haben, ist ohne vorherige Benachrichtigung des württembergischen Staatsministeriums abgegangen und an die Presse gegeben worden. Die Mitglieder des Staatsministeriums sind vor einer vollständigen Tatsache gestellt und erst nach Absendung des Telegramms zu einer Sitzung eingeladen worden. In der Sitzung sind sie unterrichtet worden über die bei der Konferenz in Karlsruhe im Zusammenhang des Führers der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, behaupteten und dem Reichspräsidenten vorzutragenden Punkte. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Der deutsch-nationale Finanzminister Dr. Dehlinger hat gegenüber einzelnen Punkten seine abweichende Auffassung ausgesprochen. Die Fragen der Gründe und Hintergründe des Regierungswechsels und der Zusammenlegung des Reichskabinetts sind nicht berührt worden.

### Kritik am württ. Landtag

Stuttgart, 12. Juni. Viktor Kling, Landtagsabgeordneter des Christlichen Volksdienstes, ist im „Schwäb. Merkur“ scharfe Kritik an der Arbeit des württ. Landtags. Er schreibt u. a.: Würde eine tragfähige Regierung gebildet? Kein-Wort um Ideen oder wenigstens um die Lösung der wichtigsten und am ehesten der Staatsfinanzen, der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Kulturpolitik gerungen? Nein. Draußen schreit die Not und die Verzweiflung in den kommenden Winter hinein und die berufenen und verantwortlichen Vertreter des Volkswillens und Träger der Staatsgewalt hielten Wahlreden und haben nicht einmal den guten Willen belohnt, sofort gemeinsam nach bestem Wissen und Gewissen an der Lösung der brennendsten Probleme mitzuwirken. Die einzige positive Leistung des Landtags war die Genehmigung zur Ausgabe von 300000 M. zur Verringerung der Not der hiesigen Jungeltern usw. Wenn die Parlamente sich nicht in letzter Stunde anstrengen zur äußersten Mäßigkeit, zu verantwortlicher Führung und zum operativen Gemeininn und Tatwillen, dann werden sie weniger, je haben wahrlich nicht viel Achtung im Volk zu verlieren. Sollte diese Doffnung auf Selbstbestimmung und Mäßigkeit der Parteien und Fernhaltung wenigstens der größten Ausschübe der politischen Nachkämpfe aus dem württ. Landtag tragen, dann kommt der Zeitpunkt, wo politische Gruppen, angeleitet von diesem Tun und Treiben, an den Plenumssitzungen nicht mehr teilnehmen werden. Wir haben nun vorerst eine geschäftsführende Regierung, die von den Parteien losgelöst — was tut? Sie kann doch nicht nur „die laufenden Geschäfte“ erledigen und auf die Initiative des Landtags warten. Dazu benötigen wir keine Minister, die Staatsmaschine läuft auch, wenn die Ministerialdirektoren von Zeit zu Zeit zusammenkommen und dann dem Finanzauschuss Bericht erstatten und seine Wünsche entgegennehmen.

Die heutige politische und wirtschaftliche Lage schiebt nach verantwortlicher, zielklarer Führung. Regt aber die geschäftsführende Regierung den Hauptton auf: „Führend regieren“, dann muß sie dem Landtag Sanierungspläne vorlegen, deren Annahme ist aber nur bei Tolerierung durch die Sozialdemokraten möglich; andernfalls muß sie diktatorisch mit Notverordnungen regieren, und das kann eine starke Volksmehrheit gegen sich. Beides ist auf die Dauer unmöglich, jedenfalls aber für Bauernbund und Bürgerpartei untragbar.

Der Christliche Volksdienst fürchtet, daß wir im kommenden Winter auch in Württemberg schwere Erntehürten bekommen, wenn nicht so rasch wie möglich die bisherigen Regierungsparteien gemeinsam mit dem im Nationalsozialismus

zusammengehalten tatbereiten und aufbauwilligen Kräften die Lösung der finanz-, wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Notaufgaben in Angriff nehmen. Auf Grund der Erfahrungen im alten Landtag ist anzunehmen, daß die württ. Sozialdemokratie keine Grundlagoposition treiben, sondern durch eine sachliche Opposition auch ihr Teil zu einer möglichst zweckmäßigen Lösung dieser Aufgaben beitragen würde. Bei uns in Württemberg sind alle Voraussetzungen für eine Zusammenfassung der Volkskräfte im weiten Umfang und deren Einfluß zu fruchtbarer Arbeit vorhanden.

### Tagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten des Gaues Württemberg

Höppingen, 13. Juni. Am Samstag und Sonntag versammelten sich in Höppingen die Abgeordneten, Mitglieder, Mitarbeiter und Ehrengäste des G.A.M. aus allen württembergischen Ortsgruppen zu ihrem ersten Gaustag. Im Mittelpunkt der Tagung stand am Sonntag vormittag eine große öffentliche Kundgebung im großen Saal des Gasthauses zur „Germania“, in der der stellvertretende Bundesvorstand und Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Max Rößiger-Berlin, über das Thema „Wohin geht der Weg der Wirtschaft“ sprach. Die Krise, so meinte der Redner, die jetzt Deutschland und die ganze Welt schüttelt, sei die wirtschaftliche Liquidation des Weltkrieges, der die Grundpfeiler der Wirtschaftsführung auf den Kopf stellte und die Desorganisation des internationalen Wirtschaftsverkehrs einleitete. Seit 1929 seide sich nach einer auf die Inflation folgenden Scheinblüte eine immer freier werdende Krisenkurve ab. Für Deutschland trete im besonderen die Vorbildung durch die Reparationsleistungen und seit Mitte vorigen Jahres der Milliardenabzug kurzfristiger Kredite hinzu, die größtenteils langfristig angelegt worden seien. Tiefe wirtschaftliche Krisenerscheinungen fielen in eine Zeit gleichzeitiger tiefer politischer Krisen. Unter den Wegen, die aus dieser Not herauszuführen sollten, werde auch die Abkehr von der Weltwirtschaft und der Übergang zur Autarkie genannt. Der Glaube, nur mit nationalen Wirtschaftsmitteln und ein besseres Dasein zu verschaffen, sei ein furchtbarer Irrtum. Ein Volk auf kleinem Raum, mit kulturell hochentwickelter Arbeitnehmerschaft, müsse sich zur Weltwirtschaft befragen, wenn es nicht auf einem für die Dauer unerschütterlichen freiwilligen Zustand der Genügsamkeit verharren wolle. Das gefährlichste Schlagwort jedoch sei das von der Notwendigkeit der Wiederherstellung der völligen Freiheit der Wirtschaft. Die hinter diesem Schlagwort stehenden Kräfte verhielten darunter nur den Kampf gegen die sogenannten Sozialisten, gegen jegliche Lohnbindungen und gegen das dadurch angeblich zustande gekommene und immer noch überhöhte Arbeitseinkommen. Solange die Wirtschaft diesem Phantom nachjage, müsse die Krise immer schwerer werden. Zwei Jahre systematischer Lohn- und Gehaltslenkungspolitik hätten den Inlandsmarkt zum größten Teil zertrümmert. Der Staat habe die Pflicht, die Wirtschaftsbedingungen in viel härterer Weise, als bisher, zu beobachten, zu kontrollieren und zu durchleuchten. Die staatliche Wirtschaftspolitik müsse gegen das in Deutschland so zahlreich vorhandene machtpolitische Großinteressenentum eingeleitet werden. Das Ziel müsse sein, wirklich verantwortliche handelnde Persönlichkeit im Wirtschaftsleben zu fördern. Das bedeute ein Bekenntnis gegen Hochzollpolitik und zu der politischen Verhängung der Wölfer zu einer regen Weltwirtschaft. Die Weltwirtschaft müsse sich eines Tages volle Bahn brechen. Solange gelte es, uns mit allen nur denkbaren nationalen Mitteln und in einem wirklichen Gemeinheitsgeist als Volk durchzuhalten. Das schließt auf politischem Gebiet die Ablehnung aller Diktaturbestrebungen, die ohne Rücksicht auf einen neuen wirtschaftlichen und innenpolitischen Chaos führen würden, ein. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer verteidigten in ihren Gewerkschaften die Früchte einer bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückgehenden sozialen Bewegung. Sie würden sich mit allen Mitteln gegen alle werden, die ihnen die Waffe der Gewerkschaftsarbeit in ihrem Selbstbehauptungskampf aus der Hand schlagen wollten.

### Handel und Verkehr

Stuttgart, 13. Juni. (Landesproduktionsbüro.) Verändertes Angebot in Brotgetreide, dem nur kleine Bedarfsfrage gegenübersteht, läßt einen weiteren Druck auf die Preise aus. Die sommerlich günstige Witterung fördert die Arbeiten der Heuernte. Es notieren je 100 kg: Weizen 26-27 (am 6. 6. 1932: 26-27,50), Sommergerste 19 bis 20 (19-20,50), Futtergerste 17,75-18 (unv.), Roggen 20,50-21 (unv.), Hafer 16-17,50 (16-18), Weizen (loose, alte Ernte) 3,50 bis 4,50 (3,50-4), Kleben (loose, alt) 4,50-5,50 (unv.), drabigepreistes Stroh 3,50-4,50 (unv.), Weizenmehl Spezial 0 41,15-41,65 (41,70 bis 42,20), Brotmehl 33,15-33,65 (33,70-34,20), Mele 8,50-10 (unv.) Mk.

Erlenbach, O. A. Reichartshausen, 12. Juni. (Weinversteigerung.) Die Weinagrarier-Genossenschaft Erlenbach brachte rund 120 Hl. 1931er Weiß- und Rotwein zur Versteigerung, die ein gutes Interesse fanden. Es wurden je Hl. Rotwein, der am meisten angeboten war, 52 M., für Weißwein 50 M. bezahlt. Im übrigen ist auch im freihändigen Geschäft die Nachfrage auf. Die Preise haben etwas angezogen und betragen bis 60 RM. je Hektoliter.



Gasgüßübungen für Mensch und Tier

Bild links: Mensch und Hund in Gasmasken mitten im Gasebel. Bild rechts: Ein Kelter, der in seiner Gasmasken-Verhüllung wie eine Gestalt aus der Apokalypse aussieht. Die furchtbare Gefahr eines Luftangriffes hat jetzt auch Deutschland veranlaßt, einen wirksamen Luftschutz vorzubereiten. So werden jetzt u. a. auf einem Versuchsfeld bei Drankenburg interessante Übungen vorgenommen, bei denen geprüft werden soll, wie weit Menschen und Tiere, die im Dienste der Landesverteidigung stehen, im Schutze der Gasmasken arbeitsfähig sind.

# Letzte Nachrichten

**Mainz, 13. Juni.** Der Landesauswahl der Hessischen Zentrumspartei nominierte zur kommenden Reichstagswahl als Spitzenkandidaten für den Wahlkreis 33 den früheren Reichskanzler Dr. Brüning.

**Hamm, 14. Juni.** Die Verwaltung der Zeche „de Wendel“ in Hamm hat der gesamten Belegschaft und allen Angestellten vorläufig zum nächsten Termin gekündigt. Gleichzeitig ist Anzeige beim Regierungspräsidenten in Arnsberg erfolgt, daß zum 1. August 1900 bis 1500 Arbeiter und Angestellte zur Entlassung kommen sollen. Begründet wird diese Maßnahme mit hohen streuerischen und sozialen Belastungen sowie der hohen Sanitätsumlage, die eine Rentabilität der Zeche unmöglich machen.

**Düsseldorf, 13. Juni.** Das Düsseldorfer Schwurgericht verurteilte heute zwei 21 Jahre alte Burken, die am 16. Januar ds. Js. eine 74jährige Kolonialwarenhandlerin in Schlebusch überfallen und beraubt hatten, wegen schweren Raubes mit Todesfolge zu 13 und 12 Jahren Zuchthaus. Die Mutter des einen wurde wegen Hehlerei zu neun Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

**Berlin, 13. Juni.** (Eigene Meldung.) Das Reichskabinett tagte heute abend bis gegen 9 Uhr. Es beschäftigte sich, wie angekündigt, mit der Schlussredaktion der finanziellen Maßnahmen der Notverordnung, die morgen veröffentlicht werden soll.

**Dankesfest, 13. Juni.** Das Dekret, durch das Senat und Kammer aufgelöst werden, wurde heute veröffentlicht. Die Neuwahlen zur Kammer finden am 17. Juli, die Senatswahlen am 20. Juli statt. Die neu gewählten Häuser haben am 30. Juli wieder zusammenzutreten.

**Verth (Weltaustralien), 13. Juni.** Eingeborene entdeckten 100 Meilen nordwestlich von Wundham die Spuren von zwei Weißen. Die Spuren führten nach Süden. Man glaubt, daß es sich um den Ozeanflieger Vertram und seinen Begleiter handelt. In Ergänzung der Meldung wird noch berichtet: Eingeborene fanden ein mit S. B. gezeichnetes Taschentuch und ein Zigarettenetui mit eingraviertem Wundham in deutscher Sprache. Die Finder übergeben diese Gegenstände dem Vater Cubero von der Drysdale-Mission. Der Fund verstärkt die Hoffnung, daß Vertram und sein Begleiter noch leben. Als Vater Cubero heute die Nachricht durch besonderen Eilboten in Wundham erhielt, erteilte das Kriegsdepartement der Weltaustralien-Airways die Genehmigung, ein Flugzeug nach Wundham zu senden, um nach Vertram zu suchen.

## Abel zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt

**München, 13. Juni.** (Eig. Meldung.) Im Meineidsprozeß wurde nach dreifachiger Beratung das Urteil verkündet. Abel wird wegen zweier Verbrechen des Meineides zu drei Jahren Zuchthaus und sieben Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Hoff wird wegen Fluchtgefahr aufrecht erhalten. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Zuchthaus beantragt. Der Verteidiger Abels hatte auf Freispruch plädiert, da kein früherer Nachweis erbracht worden sei, daß Abel in seinen eideschwörenden Aussagen objektive Unwahrheit gesagt habe.

## Flugzeuge verfolgen eine Taube

**Frankfurt a. M., 13. Juni.** In der Holzhauser-Strasse wurde in einem Vorgarten ein Karton mit einer Brieftaube sowie ein in einem Konfekt gerichteter Expressbrief gefunden, in dem verlangt wurde, der Empfänger solle in kürzester Frist die Taube fliegen lassen, nachdem er ihr an jedes Bein einen Taubenschein gebunden hätte. Die benachrichtigte Polizei ließ die Taube fliegen, die durch zwei Flugzeuge verfolgt wurde. Die Taube ging aber bald nieder und fiel in einen fremden Taubenschwarm ein. Die weitere Verfolgung mußte zunächst aufgegeben werden, doch ist die Taube in ihren heimathlichen Schlag zurückgekehrt, denn der Absender benachrichtigte den Konfekt, daß er die Folgen der Anrufung der Polizei zu tragen habe. Schließlich gelang es doch, den Expressbrief zu fassen. Es handelt sich um einen 63jährigen Mann, der angibt, daß er den eigenartigen Expressbrief durch unternommen habe, um zu Geld zu kommen, da sein Anwesen stark verschuldet sei.

## Opfer des „dritten Grades“?

**London, 13. Juni.** Die englische Presse ist sehr aufgebracht über den Selbstmord der englischen Hausangestellten Violet Sharp von Miss Morris, der Schwiegermutter Lindberghs, den man hier allgemein auf die juristischen Torturmethoden der amerikanischen Polizei zurückführt. Das Mädchen ist dreimal dem verächtlichen „dritten Grad“ unterworfen worden, einer fieslichen und körperlichen Tortur, die erst vor wenigen Monaten von einem Untersuchungsausschuß in Amerika als barbarische Quälerei gebrandmarkt wurde, ohne den aber die amerikanische Polizei, wie sie behauptet, nicht aufkommt. Die Zeitungen verlangen eine Untersuchung durch die Postamt und die Konsularbehörden und eine Zurück-

schaffung der schuldigen Polizeibeamten. Brintert, der Geliebte der Violet Sharp, hat ein vollständiges Mißverständnis der Kräfte beibringt.

## Kommunistische Diktatur in Chile

**Newark, 13. Juni.** Schon die letzten Nachrichten aus Chile ließen erkennen, daß sich innerhalb der Revolutionsregierung ein Kampf zwischen der milderen und der schärferen Tonart abspielte. Nun haben die Radikalen gesiegt. Carlos Davila, das Haupt der Revolutionsregierung, ist nach hier eingelangten Privatmeldungen gestürzt worden und ins Ausland geflohen.

Die neue Regierung steht unter Leitung des kommunistischen Parteiführers Hidalgo, der früher schon gegen Romero Kandidat der Präsidentschaft war; ferner gehören der Regierung ein Euzeno Matte als Außenminister, Oberst Grove als Innen- und Kriegsminister und Luis Sagarrigue als Finanzminister. Hidalgo hat den Kommunismus zur Staatsverfassung erklärt und alle Privatvermögen beschlagnahmt.

## Aus Welt und Leben

**Der Ursprung unseres Alphabets.** Wenn wir heute unsere Schriftzeichen zur Niederschrift von Wörtern und Sätzen gebrauchen, so ist das so selbstverständlich, daß die Frage nach dem Erfinder eigentlich überflüssig ist; und doch ist es eine Erfindung, die in ihrer Gedankenabspinnung an die ebenso geniale Erfindung unseres Zahlensystems heranreicht, das mit Hilfe der Ziffern 1-9 unendliche Größen und Werte zu bezeichnen und zu errechnen ermöglicht. Beide Erfindungen gehen auf die ältesten Kulturkreise unserer Zeitrechnung zurück und weisen auf Ägypten hin, zum Teil nach Arabien, zum Teil auf die Urgeschichte der Phönizier. Die vergleichende Sprachforschung weist an der Urform unseres Alphabets die Zeichen der Ägypter nach. Für die alten Ägypter war der Okef heilig und das Zeichen „Okef“ das Sinnbild alles Anianes. Mit diesem Symbol bezeichnete der Schöpfer der Buchstaben auch seinen ersten Buchstaben. Dieser Buchstabe ging ins Hebräische als „Aleph“ und ins Griechische als „Alpha“ über. Seine Form ist aber immer die Grundform des Okef geblieben. Aus diesem Zeichen ist im Laufe der Jahrhunderte das heute gebräuchliche Zeichen für den Buchstaben A entstanden. Für den zweiten Buchstaben des Alphabets behauptet der Erfinder das ägyptische Symbol für „Haus“, das auch heute noch im Hebräischen „Bet“ heißt. Die des Schreibens Kundigen bezeichnen wir als „Alphabeten“, das sind die alten Bezeichnungen für die ersten beiden Buchstaben. (Griechisch-hebräischer Sprachstamm.) Genau so sind auch die übrigen Buchstaben unseres Alphabets auf altägyptische Symbole zurückzuführen. Der Buchstabe D ist von dem Zeichen für „Zor“ oder „Zur“ abgeleitet. Das D läßt heute noch die Form eines Sitters erkennen. Das wellenförmige R geht auf das Zeichen für Wasser zurück, das im Hebräischen „Res“ heißt. Das O war das Zeichen für „Auge“. Im Sinai-Alphabet ist sogar noch die Pupille des Auges durch einen Punkt in der Mitte des Kreises angedeutet. Weiter ist im Sinai-Alphabet der Buchstabe T durch ein Kreuz gekennzeichnet. Er leitet seinen Ursprung von dem Symbol für das Kreuz her, das im Hebräischen „Tau“ heißt. Sind so die Buchstaben nicht die eigentlichen Erfinder des Alphabets, so haben sie jedoch als dessen Uebermittler der abendländischen Kultur damit große Dienste geleistet.

**Der Blutegel von Moritzburg.** In der Nähe des Jagdschlosses Moritzburg bei Dresden befindet sich ein kleiner, von Wasser umflossener Teich, der allgemein Blutegelteich genannt wird. Der Name stammt aus der Zeit, da eine Wassenschlacht der blutdürstigen Tiere noch ein lohnendes Geschäft war. Die Heilkräfte des Blutegels und Schöpfköpfe-Sehens dürfte wohl heute unüberwindlich der Geschichte angehören. Aber noch unsere Mütter und Väter kannten diese Art, die der Vater auf Anordnung des Arztes auszuführen hatte. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts betrieb ein Moritzburger Apotheker einen schwunghaften Handel mit den kleinen Bestien. In je 1000 Stück enthaltenden Kistchen verkaufte er die Moritzburger Blutegel in ungeheurer Menge an in- und ausländische Apotheken. Das Tausend kostete damals 50 bis 60 Taler im Sommer und 70 bis 80 im Winter. Sogar eine eigene Junft bildeten diese Blutegelfänger. Als an die Hälfte entleidet, warteten sie durch die Leide und fingen die Tiere mit der bloßen Hand. Daß diese Egeljäger in keinem besonders guten Ruf standen, darf nicht wundern.

**Berlin, eine häßliche Stadt.** Die deutsche Polizei hat weder im Inland noch im Ausland den besonderen Ruf der Häßlichkeit geholt. Das ist seit vielen Jahren anders. Ein einziges Beispiel mag für viele gelten. Es wird in einer großen Pa-

riker Tageszeitung erzählt von der bekannten Schriftstellerin Steinbof. „Ich habe im Auto mit einem Bekannten der eben erst das Fahren gelernt hat. Es ist gegen Abend. Wir halten an einer Ecke, weil die Ampel über der Straßenkreuzung „Rot“ zeigt. Ein Schwab kommt auf unseren Wagen zu. „Welchen Verbrechen sind wir schuldig? Der Polizist nähert sich mit Würde, grüßt und sagt: „Es würde besseren Eindruck machen, wenn Sie wohl Ihre Lampen einschalten wollten.“ — Er grüßt wieder und verschwindet. Wahrhaftig, man kann nicht mehr sagen, daß man in Berlin nicht häßlich sei!“

**Sonntagsausflug auf einer Lokomotive.** Ein Rangierarbeiter sitzt in Baitan, einem kleinen Dörfchen bei Paris, am Sonntagmorgen vor seinem Döschen. Das schöne Frühlingswetter lockt ihn zum Wandern. Auto hat er kein, aber sein Geleise stehende Rangierlokomotive. Ein Gedanke blüht auf — die Fahrt ins Grüne. Er klettert hinauf, stellt sich vorrecht die Beine auf Ausfahrt um und fährt fröhlich pfeifend mit seinem ungewöhnlichen Privatgefahrte davon ins Weite. Mit seinen schrillen Pfeifen aber hat der Ausgeriffene den ganzen Bahnhof alarmiert. Eine Gendarmerie-Batouille fährt dem Händling im Automobil nach und man erwischt ihn schon nach fünf Kilometern, denn in einer scharfen Biegung der Strecke hat er die Notbremse gezogen.

## Der Kräuter-Doktor

### Wirkung der Kräuter im besonderen

**Karminol-Tee (Sella-Tee).** Reinigt den Darmkanal. Besonders bei schlaffer Verdauung und sehr heiksam bei Leberstörungen, sowie zur Ausföhrung des Nierenstoffes, auch bei Krampfen und als Wärmemittel.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

**Kleantee (Schlehdorn).** Die Wästen als Tee-Ausgang zur Reinigung des Blutes, besonders bei Kindern, die mit Ausschlag und Hautunreinigkeiten behaftet sind, auch bei Nieren-, Blasen- und Darmliden.

## Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Mittwoch, 15. Juni, 10 Uhr, in Feldbrennach:

- 1 Wanduhr;
- in **Conweiler** 13 Uhr:
- 1 Radiolapparat mit Lautsprecher, 1 Räucherkasten, 1 Wanduhr, 1 Dezimalwaage mit Gewicht, 2 Nähmaschinen, 1 Opel-Wagen (Bierfahrer mit Allwetter-Verdeck).

Zusammenkunft beim Rathaus. **Gerichtsvollzieherstelle Herrenald.**

**Birkenfeld.** Ein noch sehr gut erhaltener **Kindergarten** zu verkaufen. Zu erfragen bei **Frau Klara Eberle, Gartenstraße 26.**

**Löffler und Riehle-Rochbücher,** Rochbücher zum Einschreiben empfiehlt billigst **C. Meel'sche Buchhandlg.**

## Amtsgericht Neuenbürg.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des **David Schleich, Landwirts in Langenbrand,** wurde durch Beschluß vom 13. Juni 1932

**aufgehoben.**

### Wildbad.

Der Zwangsversteigerungstermin **Weißinger** (bestimmt auf 15. Juni) ist

**aufgehoben.**

Der **Kommissär:** Bezirksnotar Rathgeber.

Der verehrlichen Einwohnerschaft von hier und Umgebung beehre ich mich anzuzeigen, daß ich nach fachkundiger Ausbildung, mit bestem Erfolge bestandenen Kursen und ärztlicher Prüfung die **schwed. Massage, Hand-, Fuß- u. Schönheitspflege** ausüben werde.

**Spezialmassagen:** Auf ärztliche Verordnung gegen Rheuma, Herzschuß, Schlas, Neuralgie, Lähmungen, Verstauchungen u.

**Hygienische Fußpflege:** Entfernung von Hühneraugen, Hornhaut, eingewachsenen Nägeln, Nagelverdükung u.

Vollständig schmerzloses Verfahren. **Lydia Pfommer, Neuenbürg, Enzweg 8.**

**Bifitentarten** liefert rasch **C. Meel'sche Buchdruckerei.**

## Oberamtsstadt Neuenbürg.

# Die Reichstagswahl

findet am 31. Juli ds. Js. statt.

Ratschreiber Schäfer.

Ihre Angebote sind erwünscht!

Sagen Sie es recht oft, was Sie anzubieten haben. Sagen Sie es eindringlich und überzeugend. Es gibt kein besseres Mittel, um täglich Tausende neue Kaufanregungen zu geben als die Anzeige im

### „Enztäler“

mit Nebenausgaben „Birkenfelder Tagbl.“, „Calmbacher Tagblatt“ und „Herrenalber Tagblatt“.

## Neuenbürg.

# Most

hat abzugeben **R. Frommer Wm.**

Familie von 2 Erw. und 3 Kind. sucht für Juli und August einfache

## Wohnung

mit Kochgelegenheit als Sommer-Aufenthalt. Höhenlage etwa 700 Meter. Angebote unter N. 135 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

## Möblierte Wohnung

(3 Zimmer mit 6 Betten und Küche) mit Garten oder Spielplatz in der Nähe von Herrenald von Mitte Juli bis Mitte August zu mieten gesucht von Familie mit 4 Kindern. Angebote erbeten unter N. D. Nr. 170 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

## 1 1/2-Spanner-Hinterwagen

neu oder gebraucht, jedoch gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe sind zu richten an die Enztäler-Geschäftsstelle.

